

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage 1454
des Abgeordneten Thomas Jung
der AfD-Fraktion
Drucksache 6/3480

Immer mehr Islamisten

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1454 vom 11.02.2016:

Die Zahl der radikalen Islamisten im benachbarten Berlin wächst rasant. Der Verfassungsschutz zählte bis Ende September in der Stadt 670 Anhänger des Salafismus. Von diesen wird die Mehrheit als gewaltbereit eingeschätzt. Ein Großteil von ihnen unterstützt den „Islamischen Staat“. Mehr als 100 der radikalislamischen Fanatiker sind aus Berlin nach Syrien und Irak ausgewandert, um dort gegen „Ungläubige“ zu kämpfen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es eine ähnliche Steigerung auch in Brandenburg?
2. Gibt es ein Präventionsprogramm der Landesregierung, um gegen Salafisten bzw. Islamisten-Werber vorzugehen?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Gibt es eine ähnliche Steigerung auch in Brandenburg?

zu Frage 1:

Auch im Land Brandenburg ist eine Steigerung des islamistischen Personenpotenzials festzustellen. Im Verfassungsschutzbericht 2014 werden 40 Islamisten ausgewiesen, mittlerweile hat sich die Zahl auf 70 erhöht.

Frage 2:

Gibt es ein Präventionsprogramm der Landesregierung, um gegen Salafisten bzw. Islamisten-Werber vorzugehen?

zu Frage 2:

Die Verfassungsschutzbehörde Brandenburg sensibilisiert bereits seit dem Jahr 2009 für Probleme des islamistischen Extremismus. Neben einzelnen Vorträgen für Lehrer, Eltern, Polizei- und Ausländerbehörden, wurden zwei umfassende Informationsreihen „Regionale Sicherheitsdialoge“ (1. Veranstaltungsreihe: 19 ganztägige Veranstaltungen, 2. Veranstaltungsreihe: 5 ganztägige Veranstaltungen) in den einzelnen Landkreisen durchgeführt. Derzeit sind weitere Sensibilisierungsveranstaltungen geplant, die sich vorwiegend an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ausländerbehörden und Asylbewerberheimen richten sollen.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1324 vom 14.12.2015 (Landtagsdrucksache 6/3400) verwiesen.